



HESSISCHER LANDTAG

27. 01. 2026

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

GRÜNER 10-Punkte-Plan zur Stärkung der Bildungsqualität reagiert auf Hessens Absturz beim IQB-Bildungstrend und auf die Untätigkeit der schwarz-roten Landesregierung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass die Ergebnisse des jüngsten IQB-Bildungstrends einen dramatischen Kompetenzerückgang bei 9.-Klässlerinnen und -Klässlern in Mathematik und den Naturwissenschaften zeigen. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Mindeststandards in Mathematik nicht erreichen, ist seit der letzten Erhebung um 10 Prozentpunkte auf 34 Prozent gestiegen. Hessen hat sich dabei nicht nur im Vergleich zu 2018, sondern auch im Vergleich der Bundesländer merklich verschlechtert. In allen vier Fächern liegen die Schülerleistungen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Im Fach Mathematik ist Hessen der bundesweit größte Absteiger mit einer Verschlechterung um sechs Plätze von Rang 7 auf Platz 13 im Länderranking. Gemeinsam mit Bremen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland bildet Hessen das Schlusslicht im Bundesvergleich.
2. Der Landtag äußert sein Unverständnis darüber, dass die schwarz-rote Landesregierung auf diese besorgniserregenden Ergebnisse bisher in keinerlei Weise reagiert hat. Der Haushaltspunkt für das Jahr 2026 enthält keinerlei Investitionen in neue oder den Ausbau bestehender Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungsqualität an Hessens Schulen. Nicht einmal ein Konzept, mit welchen Maßnahmen die Landesregierung langfristig auf die IQB-Ergebnisse reagieren möchte, hat sie bisher präsentiert.
3. Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf, schnellstmöglich ihrer Verantwortung nachzukommen und einen umfassenden Plan zur Umsetzung folgender kurz- und langfristigen Maßnahmen vorzulegen, um die Bildungsqualität in Hessen zu verbessern. Konkret schlägt der Landtag vor, als Sofortmaßnahmen noch in diesem Jahr Hessens Schulen ein Chancenbudget in Höhe von insgesamt 20 Millionen Euro für zusätzliche Förderangebote im Ganztags zur Verfügung zu stellen, die Lerncamps in den Schulferien deutlich auszubauen sowie die Ergebnisse der Lernstandserhebungen (VERA-Vergleichsarbeiten) endlich umfassend auszuwerten und als datenbasierte Grundlage für bildungspolitische Entscheidungen in Hessen nutzbar zu machen. Die Ferienförderkurse sollen in den Folgejahren immer weiter ausgebaut werden und für Schülerinnen und Schüler mit großem Förderbedarf in Deutsch und Mathematik (zum Beispiel ab Note 4) ein Rechtsanspruch auf mindestens einen Förderkurs pro Schuljahr geschaffen werden. Darüber hinaus fordert er die Landesregierung auf, sich folgenden Handlungsfeldern konsequent anzunehmen:
 - Einstieg in die datengestützte Schulentwicklung nach Hamburger Vorbild,
 - Umfassende Entwicklungsstandtestung und Matheförderung vor der Einschulung,
 - Sozialindizierte Mittelzuweisung verbessern und ausweiten,
 - Mehr rhythmisierter Ganztags an Schulen mit besonderen Herausforderungen,
 - Programm zur Gewinnung von Lehrkräften in Mangelbereichen,
 - Reform der Lehrkräftefortbildung,
 - Entlastung von Schulleitungen durch Schulleitungstandems.
4. Der Landtag erkennt an, dass sich Hamburg mit einer seit Jahren konsequent betriebenen datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung in verschiedenen Bildungsvergleichsstudien auffallend positiv entwickelt hat. Beim IQB-Bildungstrend konnte sich Hamburg im Fach Mathematik im Ländervergleich um sieben Plätze von Rang 11 auf Rang 4 verbessern. Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf, in An-

lehnung an den Hamburger Erfolgsweg ein „Hessisches Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung“ zu gründen, das regelmäßig umfassend Daten erhebt, analysiert und Schulen und Schulämter im Umgang mit diesen Daten qualifiziert. Darüber hinaus sollen die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für die Einführung einer Schüler-ID und eines Bildungsverlaufsregisters für die gesamte Bildungslaufbahn von der Kita bis zum Schulabschluss geprüft werden, um die Lernentwicklung über verschiedene Bildungsabschnitte hinweg begleiten zu können. Um die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler in immer heterogeneren Klassen zu verbessern und Lehrkräfte bei der Erfassung von Lernständen zu entlasten, sollen Programme der digitalen Lernverlaufsdiagnostik flächendeckend verbindlich eingeführt werden – in einem ersten Schritt für die Fächer Deutsch und Mathematik von Klasse 1 bis 10.

5. Der Landtag stellt fest, dass immer mehr Kinder ohne grundlegende sprachliche, mathematische oder motorische Fähigkeiten eingeschult werden. Deswegen braucht es eine flächendeckende und standardisierte Entwicklungsstandstestung aller Kinder etwa 18 Monate vor der Einschulung. Derzeit fehlen bei der Einschätzung der Grundschulen klare Standards, eine systematische Erfassung und eine aggregierte Auswertung der Ergebnisse. Darüber hinaus müssen nicht nur sprachliche Fähigkeiten, sondern auch das Mengen- und Zahlenverständnis, Motorik und Sozialverhalten getestet werden. Auf Grundlage der Testergebnisse soll dann eine verbindliche Förderempfehlung für Vorlaufkurse im Jahr vor der Einschulung gegeben werden. Diese müssen inhaltlich um die Förderung mathematischer Grundlagen, aber auch motorischer Fähigkeiten ergänzt werden. Diese Ergänzung muss mit Ressourcen von mindestens zwei zusätzlichen Schulstunden hinterlegt werden.
6. Der Landtag betont, dass die IQB-Ergebnisse auch zeigen, dass noch stärker als bisher gezielt die Schulen sowie Schülerinnen und Schüler in den Blick genommen werden müssen, wo der Förderbedarf am größten ist. Aus diesem Grund sollen Schulen mit niedrigem Sozialindex gezielt zu rhythmisierten Ganztagschulen (Profil 3) weiterentwickelt und dabei finanziell gefördert werden. Darüber hinaus muss der hessische Sozialindex überarbeitet und die Ressourcenzuweisung für Hessens Schulen stärker hieran orientiert werden. In dieser Wahlperiode soll eine Aufstockung der Ressourcen im Sozialindex um 150 auf 800 Lehrkräftestellen erfolgen, perspektivisch sollen hier mindestens fünf Prozent der landeseitigen Ressourcenzuweisung zur Verfügung stehen.
7. Nach Ansicht des Landtags sind nicht zuletzt die Lehrkräfte und Schulleitungen ein zentraler Faktor zur Verbesserung der Bildungsqualität. Wenn an Hessens Schulen teilweise 25 Prozent des eingesetzten Personals keine voll ausgebildeten Lehrkräfte sind und an 14 Prozent der Schulen Schulleitungen fehlen, werden sich die Probleme weiter verschärfen. Deswegen braucht es zum einen weitere Anstrengungen zur Bewältigung des Lehrkräftefanges: Mit Modellversuchen für duale Lehramtsstudiengänge und Quereinstiegsmaстern in Mangellehrämtern und -fächern sollen neue Zielgruppen für den Beruf als Lehrkraft gewonnen werden. Zum anderen braucht es eine gezielte Entlastung der Schulleitungen: Mit einem Modellprojekt für Schulleitungstandems aus pädagogischen und administrativen Schulleitungen soll an zunächst 50 Schulen mit niedrigem Sozialindex eine Entlastung von Verwaltungsaufgaben erfolgen und den pädagogischen Schulleitungen mehr Zeit für die Qualitätsentwicklung von Schule gegeben werden. Schließlich bedarf es auch eine Reform der Lehrkräftefortbildungen mit einem neuen Fokus auf längeren Fortbildungsreihen sowie Qualifizierungsmaßnahmen im Team statt einmaligen Halbtages-Veranstaltungen im Vortragsformat. Hierfür braucht es nicht zuletzt fest verankerte Zeiten zur kollegialen Fallberatung und für gegenseitige Hospitationen im Unterricht.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 27. Januar 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)